

Ohio verklagt Solarfirma auf Rückzahlung von 11 Millionen Dollar in Anleihen

Die versprochenen Arbeitsplätze sind nie geschaffen worden

In der Klage von DeWine heißt es, dass Willard & Kelsey mit der Rückzahlung von Anleihen in Höhe von 5 Millionen Dollar im Verzug sind, die das Unternehmen in den Jahren 2009 und 2010 erhalten hatte. Die Anleihen stammen von der Ohio Development Services Agency und der Ohio Air Quality Development Authority.

Vor der Gewährung der Anleihen hat Willard & Kelsey damit geprahlt, 450 Arbeitsplätze zu schaffen, und auf der Website der Firma wurde behauptet, dass sie „die feinsten“ Dünnzellen-Solarpaneele der Welt herstellen würde. Beamte des Staates Ohio erklärten Ende 2011, dass das Unternehmen bzgl. dieser Anleihen in Verzug ist, und es hat Operationen auf seiner Einrichtung im Nordwesten von Ohio im Juni dieses Jahres vertrödelt.

Vielfältige Klagen über Fehlverhalten

Insgesamt hat das Büro der Ohio AG 17 Anklagepunkte gegen das Unternehmen vorgebracht, einschließlich zweier Punkte bzgl. betrügerischer und ungesetzlicher Transfers, zwei Punkte bzgl. bürgerlicher Verschwörung und weiterer Punkte. Mit dem Verzug bei der Rückzahlung und der Schließung zweier Arbeitsstellen im Sommer könnten Willard & Kelsey nicht das Geld haben, das der Staat zurückholen möchte. Als Folge nehmen die Behörden in Ohio die Aktionäre der Firma individuell in Haftung für die Mittel, die dem Staat gehören.

In der Klageschrift heißt es weiter, dass das Unternehmen nicht die Zertifikate vorgelegt hat, ihre Produkte zu verkaufen, und der Präsident des Unternehmens James Appold gab Willard & Kelsey einen persönlichen Kredit „zu einer unverantwortlichen Zinsrate“.

Mächtige politische Akteure im Hintergrund

Noch verstörender ist die Art und Weise, mit der Willard & Kelsey diese Anleihen zu Beginn entgegen genommen hat, wiesen doch die finanziellen Zahlen des Unternehmens eine viel zu dünne Kapitaldecke auf. Vizepräsident Joe Biden und der damalige Gouverneur Ted Strickland verliehen dem Unternehmen in höchsten Tönen Unterstützung, trotz der offensichtlichen finanziellen Probleme. Zu jener Zeit haben sowohl das Unternehmen als auch seine politischen Förderer aufdringlich auf die Hunderte Arbeitsplätze hingewiesen, die der Hersteller von Solarpaneelen schaffen würde.

„Der gesamte Vorgang ist mehr als ein kalter Abglanz von ‚Solyndra‘“, sagte Greg Lawson, ein politischer Analyst am in Ohio ansässigen Buckeye Institute.

„Die größere öffentliche Frage lautet jedoch, warum der Staat diese Art von Anleihen überhaupt angeboten und im Wesentlichen Gewinner und Verlierer ausgewählt hat. Das ist etwas, dass Regierungen nicht machen sollten, weil diese Situationen unvermeidlich irgendwann ein hässliches Gesicht zeigen“.

„Skandale nach Art von Solyndra sind nicht auf die [US-]Bundesregierung beschränkt“, sagte Jay Lehr, wissenschaftlicher Direktor des Heartland Institute, das *Environment & Climate News* veröffentlicht. „Die Steuerzahler in vielen Staaten werden derzeit von ihren staatlichen Repräsentanten geschädigt, wenn diese die gleichen Vorlieben für erneuerbare Energien an den Tag legen wie bei Solyndra“.

„Staatliche Subventionen für Erneuerbare sind nicht besser als im Falle Solyndra. Erneuerbare Energien sind bei der Erzeugung viel teurer als konventionelle Energie, und selbst mit substantiellen Subventionen ist es für die Erneuerbaren schwierig, im Wettbewerb zu bestehen. Ultimativ wird die Rechnung für gescheiterte Unternehmen hier den Steuerzahlern aufgebürdet“, sagte Lehr.

Bonner R. Cohen

Bonner R. Cohen is a senior fellow with the National Center for Public Policy Research, a position... ([read full bio](#)) E-Mail: bcohen@nationalcenter.org

Link:

<http://news.heartland.org/newspaper-article/2013/10/07/ohio-sues-solar-firm-recover-11-million-loans>

Übersetzt von Chris Frey EIKE